

Vorlage drogenpolitisches/menschenrechtliches Statement zur Party- und Feierkultur für  
Veranstalter:innen und Festivals

Stadt, Datum

Schon seit vielen Jahren ist weitreichend bekannt, dass das Party- und Nachtleben in einem engen Zusammenhang mit Rausch steht. Das betrifft neben legalen auch illegalsierte Drogen. Logischerweise gilt das auch für Techno- und andere Elektro-Veranstaltungen. An diesem Sachverhalt haben auch Drogenverbote über Jahrzehnte nichts geändert. Dennoch halten wir, als *Veranstalter:innen xy*, es generell für enorm wichtig, sich an geltende Gesetze zu halten und möchten an euch Gäste appellieren, diese auch auf *unserem Festival/unserer Party* zu befolgen. Demnach ist jeder unbefugte Umgang und Besitz von Substanzen, die dem Betäubungsmittel- bzw. auch dem Arzneimittelgesetz unterliegen, strafbar.

Da es trotz der klaren Rechtslage immer wieder Verstöße gegen das Betäubungsmittelgesetz geben wird, richtet sich unser Statement insbesondere an die Konsumierenden aber auch die davon betroffene Szene.

Als Teil dieser Partyszene stellen wir folgenschwere Konsequenzen für Konsumierende, der Dynamik des Schwarzmarktes und einer unzureichenden Präventionsleistung fest. Problematisch ist hierbei, dass Streckstoffe, unklar dosierte oder falsch deklarierte Substanzen nicht nur die Gesundheit der Konsumierenden gefährden, sondern als maßgeblich diskriminierend hinsichtlich schadensarmer Konsumententscheidungen gelten. Ebenfalls findet damit einhergehend eine schwerwiegende Stigmatisierung Konsumierender innerhalb der Gesellschaft statt. Diese Willkürlichkeit lässt sich zum Beispiel beim ungerechtfertigten Job- oder Führerscheinverlust beobachten, wenn diese nicht mit einem Rausch im Zusammenhang standen. Darüber hinaus lassen sich schwerwiegende Eingriffe in die Persönlichkeitsrechte beobachten, wenn Menschen, mitunter aufgrund rassistischer Annahmen, unfreiwillig durchsucht, schikaniert und kriminalisiert werden. Begangene Verstöße werden zwar in Fällen der Geringfügigkeit oftmals eingestellt, haben aber langjährige Auswirkungen in Form von Betäubungsmittelninträgen, die wiederum zu neuen Stigmatisierungen führen.

Wir als Vertreter:innen menschlicher Werte wie Gleichbehandlung, Respekt und politisches Engagement, sehen grundlegende Widersprüche zwischen den vorangegangenen Diskriminierungsformen und unseren Ansprüchen. Diese Schiefelage wird zusätzlich durch die unkontrollierte Befuerung des Schwarzmarktes für illegalisierte Drogen erschwert. Neben dem fehlenden Gesundheits- und Jugendschutz werden hier jährlich mehrere Milliarden Euro, allein aus der Feier- und Partykultur, generiert. Die können mitunter für extrem moralisch verwerfliche Reinvestitionen wie etwa Waffenhandel, Zwangsprostitution und Korruption genutzt werden. Darüber hinaus besitzt der Schwarzmarkt ein unheimliches Gewaltpotential, das vor allem in Lateinamerika jährlich mehreren tausend Menschen das Leben kostet. Illegale Drogenproduktionen verursachen darüber hinaus enorme Umweltschäden, weil Synthesenebenprodukte nicht fachgerecht entsorgt werden.

Ebenjene Entwicklungen haben Menschen nicht davon abgehalten illegalisierte Drogen zu konsumieren. Viel eher haben sich die Rahmenbedingungen verschlechtert für all jene, die unter den Folgen der derzeitigen Drogenpolitik leiden. Noch heute wird niedrigschwellige Aufklärung erschwert und frühzeitige Interventionen sind nicht in dem Umfang möglich wie sie nötig wären.

Anhand dieser Fakten, die uns alle tangieren, möchten wir dazu auffordern sich bewusster und stärker für die Rechte Konsumierender sowie die Rechte derjenigen, die unter dem Ist-Zustand leiden, einzusetzen. In ihrer Entwicklung und ihrer anhaltenden Relevanz müssen auch illegalisierte Drogen als Kulturgut bezeichnet werden, für das sich alle Beteiligten in Form einer notwendigen sowie allgemeingültigen Freiheit stark machen sollten. Erste Schritte können hierfür zum Beispiel der verstärkte gesellschaftliche Diskurs innerhalb und außerhalb der Musikszene sein. Wichtig ist es die damit verbundenen Menschenrechtsverletzungen klar zu benennen und deren Vermeidung in Form einer schnellstmöglichen Entkriminalisierung zu fordern, welche zur konsequenten Bearbeitung der genannten Probleme schlussendlich in eine kontrollierte Legalisierung aller Substanzen überführt werden muss.

Wir sind und bleiben gegen jede Form der Diskriminierung! Deswegen muss sich in diesem Bereich noch sehr viel ändern bis eine Annäherung an unsere Grundwerte erfolgt ist. Aber wir glauben an die gemeinsame Weitsicht und die Energie auch in diesem Bereich eine bessere Welt für alle schaffen zu können.

Beste Grüße

*Euer xy-Team*